19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Mirjam Golm (SPD)**

vom 10. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Juni 2025)

zum Thema:

Funktion und Wirksamkeit der Ombudsstellen für Kinder- und Jugendhilfe in Berlin

und **Antwort** vom 8. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 9. Juli 2025)

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Frau Abgeordnete Mirjam Golm (SPD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23084

vom 10. Juni 2025

über Funktion und Wirksamkeit der Ombudsstellen für Kinder- und Jugendhilfe in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Abgeordneten:

In Berlin existieren zwei regionale Ombudsstellen für die Kinder- und Jugendhilfe:

- die Unabhängige Ombudsstelle Kinder- und Jugendhilfe Berlin (BRJ)

<https://brj-berlin.de>

- die Ombudschaft Jugendhilfe der AWO Berlin

<https://www.awoberlin.de/news/eroeffnungabo>

Beide Stellen haben laut eigener Darstellung den Auftrag, Kinder, Jugendliche, junge Volljährige und ihre Eltern in Konflikten mit der Jugendhilfe zu unterstützen. Sie leisten unabhängige Beratung, Vermittlung und sollen zur Stärkung der Rechte von Leistungsberechtigten beitragen.

Trotz der hohen Zahl an Fällen in der Kinder- und Jugendhilfe in Berlin und der regelmäßig dokumentierten strukturellen Problemlagen – insbesondere in hochstrittigen Trennungskontexten – besteht der Eindruck, dass die Wirkung der Ombudsstellen äußerst begrenzt ist.

Wissenschaftliche Studien, darunter „Familienrecht in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme“ (Hammer 2022) und „Macht und Kontrolle“ (Hammer 2023), zeigen systematische Benachteiligungen von Müttern durch Fachkräfte der Jugendämter. Auch in Berlin erreichen Fachpolitiker*innen immer wieder Hinweise auf fehlende Neutralität, mangelnde Partizipation und eine geringe Wirksamkeit der bestehenden Ombudsstrukturen.

1. Struktur und Arbeitsweise

1. Wie lauten die konkreten Aufgabenbeschreibungen und Zuständigkeiten der beiden Berliner Ombudsstellen für Kinder- und Jugendhilfe?

Zu 1.: Gemäß des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) sind Ombudsstellen in der Kinder- und Jugendhilfe einzurichten, an die sich junge Menschen und ihre Familien zur Beratung sowie Vermittlung und Klärung von Konflikten im Zusammenhang mit Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 Sozialgesetzbuch - Achstes Buch (SGB VIII) und deren Wahrnehmung durch die öffentliche und freie Jugendhilfe (vgl. § 9a Satz 1 SGB VIII) wenden können.

In Berlin wurde im Rahmen der Aufarbeitungsprozesse zu den Vorgängen um Helmut Kentler entschieden, neben der bereits bestehenden Ombudsstelle eine unabhängige Anlauf- und Beratungsstelle explizit für Pflegekinder und junge Menschen, die in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe leben, einzurichten. Kinder und Jugendliche sollen sich außerhalb des Hilfesystems an eine unabhängige Stelle wenden können, wenn sie Konflikte mit Betreuerinnen und Betreuern, dem Jugendamt oder Pflegeeltern haben.

Die seit dem 11. Juli 2024 eröffnete Anlauf- und Beratungsstelle „gemeinsamstark“ wendet sich explizit an Kinder und Jugendliche zu Themen der mangelnden Beteiligung von jungen Menschen, zu Konflikten mit Fachkräften und zu familiengerichtlichen Verfahren. Kinder und Jugendliche haben beispielsweise mitgeteilt, dass sie zu Hilfeplangesprächen nicht eingeladen werden, dass sie im Familiengericht bei Sorgerechtsstreitigkeiten nicht angehört wurden, dass sie sich von Betreuerinnen oder Betreuern bzw. von der Einrichtungsleitung nicht ernst genommen fühlen und nicht angehört wurden oder dass sie das Vorgehen von Fachkräften in der Einrichtung als unangemessen empfinden.

An die bereits seit 2014 bestehende Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe (BBO Jugendhilfe) des Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e. V. wenden sich überwiegend Eltern, andere Personensorgeberechtigte und Careleaver, wenn sie Konflikte mit dem Jugendamt oder freien Trägern der Jugendhilfe haben. Die Themen betreffen hier hauptsächlich die Hilfeplanung und die Hilfestellung, die Durchsetzung von Rechtsansprüchen, die Einschätzungen zur Kindeswohlgefährdung durch das Jugendamt und Schwierigkeiten bezüglich der Kommunikation.

2. Wie werden Unabhängigkeit und Neutralität gegenüber den Jugendämtern sichergestellt?

Zu 2.: Die Ombudstellen sind weder organisatorisch noch konzeptionell an ein Jugendamt oder an einen direkten Leistungserbringer der Jugendhilfe angebunden. Zudem besteht keine Weisungsbefugnis durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) oder durch die Jugendämter gegenüber den Ombudsstellen.

3. Wie sind die Ombudsstellen personell (Hauptamt, Ehrenamt, Honorarkräfte) und finanziell ausgestattet (jeweils seit 2019)?

Zu 3.: Anlauf- und Beratungsstelle „gemeinsamstark“:

Derzeit ist „gemeinsamstark“ mit 3,9 Vollzeitkräften (VZÄ) sowie einer 0,75 VZÄ Verwaltungsstelle ausgestattet. Für die beiden Haushaltsjahre 2024 und 2025 wurde jeweils ein Planbetrag in Höhe von 400.000 Euro veranschlagt.

Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe:

Die Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe ist derzeit ausgestattet mit 3,7 Vollzeitkräften (VZÄ) sowie einer 0,6 VZÄ Verwaltungsstelle. Darüber hinaus gibt es fünf ehrenamtliche Personen, die bei ombudschäftlichen Konflikten unterstützen. Anfangs wurde die Ombudsstelle als Modellprojekt eingerichtet und dann verstetigt.

Für die Förderung wurden seit 2019 Mittel in folgender Höhe verausgabt:

2019	286.938 €
2020	285.000 €
2021	295.000 €
2022	285.000 €
2023	332.000 €
2024	416.125 €
2025	416.125 €

4. Gibt es formelle Kooperationsvereinbarungen mit der Senatsverwaltung oder den Jugendämtern? Wenn ja, mit welchem Inhalt?

Zu 4.: Die Unabhängigkeit und fachliche Weisungsungebundenheit gelten als zentrale Wesensmerkmale von Ombudsstellen. Der Bundesgesetzgeber setzt hiermit ein eindeutiges fachpolitisches Signal, dass die Position der Ombudsstellen als neutraler und unabhängig agierender Dritter gestärkt werden soll (Vgl. Münder/Meysen/Trenczek, Frankfurter Kommentar SGB VIII, SGB VIII § 9a Rn. 10). Dieser Auffassung der Kommentierung zum SGB VIII folgend wurden keine Kooperationsvereinbarungen mit der Senatsverwaltung oder den Jugendämtern durch die Anlauf- und Beratungsstelle „gemeinsamstark“ oder mit der Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe geschlossen.

2. Nutzung und Wirksamkeit

5. Wie viele Anfragen/Fälle wurden von jeder der beiden Stellen jeweils in den Jahren 2019–2024 bearbeitet?

Zu 5.: Anlauf-und Beratungsstelle „gemeinsamstark“:

Für „gemeinsamstark“ liegen erst ab dem Jahr 2024 Daten vor. Seit Eröffnung der Beratungsstelle am 11. Juli 2024 wurden bis zum 31. Dezember 2024 insgesamt 44 Beratungsanfragen bearbeitet. Für das Jahr 2024 lag der Fokus auf der Kontaktaufnahme und dem Bekanntmachen der Angebote. Neben den Angeboten der Einzelberatungen hat die Anlauf-und Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche Workshops in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe zum Thema Beteiligung und Kinderrechte angeboten und die Aufgaben einer Ombudsstelle altersangemessen vermittelt.

Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe:

Die Anzahl der Anfragen für die Jahre ab 2019 können der folgenden Tabelle entnommen werden:

2019	217
2020	237
2021	300
2022	266
2023	389
2024	465

6. Wie viele davon betrafen Konflikte mit Berliner Jugendämtern, differenziert nach Bezirken?

Zu 6.: Anlauf-und Beratungsstelle „gemeinsamstark“:

Von den 44 Beratungsfällen bezogen sich 36 Anfragen auf öffentliche Träger der Jugendhilfe/Jugendämter und in drei Fällen waren Freie Träger die Konfliktpartei. In fünf Fällen konnte keine Konfliktpartei identifiziert werden.

Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe:

Überwiegend betrafen die Anliegen den öffentlichen Träger der Jugendhilfe. Für 2023 waren es zum Beispiel 351 Fälle, die den öffentlichen Träger betrafen, in 34 Fällen betraf das Anliegen den öffentlichen sowie den freien Träger. Im Jahr 2024 betrafen ebenfalls 90 % der Fälle den öffentlichen Träger und 9% sowohl den öffentlichen als auch den freien Träger.

Eine Differenzierung der Falleingänge und Beratungsfälle nach Bezirken wird im Berichtswesen regelhaft nicht ausgewiesen.

7. In wie vielen Fällen konnten einvernehmliche Lösungen erzielt werden? (bitte nach Jahr und Träger differenzieren)

Zu 7.: Hierzu ist keine Angabe möglich, da dieses Merkmal statistisch nicht erfasst wird.

8. Welche thematischen Schwerpunkte hatten die Eingaben? (z. B. Inobhutnahme, Umgang, Sorgerecht, Hilfen zur Erziehung)

10. Welche strukturellen Problemlagen wurden von den Ombudsstellen in den vergangenen fünf Jahren an die zuständigen Behörden oder politischen Gremien zurückgemeldet?

Zu 8. und 10.: Anlauf- und Beratungsstelle „gemeinsamstark“:

Die Beratungen durch „gemeinsamstark“ bezogen sich z. B. auf die folgenden Themenstellungen: Erreichbarkeit des Jugendamtes, Ausgestaltung der Hilfe, Klärung von Zuständigkeitsfragen, mangelnde Beteiligung junger Menschen, die Hilfestellung und hier insbesondere die Weiterbewilligung von Hilfen.

Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe:

Thematische Schwerpunkte betrafen die Art der Kommunikation mit dem Jugendamt, die mangelnde Erreichbarkeit in Jugendämtern, die Dauer der Bearbeitung, Unzufriedenheit mit der Art und Weise der Durchführung der Hilfeplanung, fehlende Transparenz im Hilfeplanverfahren oder fehlende Beratung zu Rechten im Verwaltungsverfahren.

Die oben aufgeführten Themenschwerpunkte der Beratung werden regelhaft im Fachbeirat, der die Arbeit der beiden Stellen begleitet, thematisiert und gemeinsam mit den wissenschaftlichen Mitgliedern des Fachbeirates sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Jugendämter und der SenBJF kritisch reflektiert.

9. Wie häufig wurde die Ombudsstelle von Müttern in hochstrittigen Trennungssituationen aufgesucht? Gibt es dazu Erhebungen?

Zu 9.: Weder die Anlauf- und Beratungsstelle „gemeinsamstark“ noch die Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe erheben hierzu Daten. Innerfamiliäre Konflikte fallen ausdrücklich nicht in die Aufgabenbereiche der beiden Anlaufstellen. Hierzu gibt es das Angebot der Berliner Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

3. Zugang, Bekanntheit und Qualitätssicherung

11. Wie wird sichergestellt, dass betroffene Kinder, Jugendliche und Eltern – insbesondere in vulnerablen Lebenslagen – von der Möglichkeit der Ombudschaft erfahren?

Zu 11.: Anlauf- und Beratungsstelle „gemeinsamstark“:

Seit Beginn der Aufbauphase der Anlauf- und Beratungsstelle „gemeinsamstark“ wird gemeinsam mit jungen Menschen in der stationären Jugendhilfe in Workshops an einem partizipativen, sichtbaren, diskriminierungssensiblen und barrierearmen Kommunikationsauftritt gearbeitet. Durch Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit macht sich „gemeinsamstark“ durch gezielte Vorstellung in den Jugendämtern, in Gremien der Pflegekinderhilfe, bei den Pflegekinderdiensten sowie bei freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe bekannt. Insbesondere durch die Vorstellung bei freien Trägern sollen junge Menschen als Teilnehmende für die Partizipationsworkshops motiviert und gewonnen werden. Diese Workshops sollen „gemeinsamstark“ bei der Zielgruppe bekannt machen. Durch die Mitwirkung junger Menschen wird außerdem die konzeptionelle Weiterentwicklung vorangebracht und es werden gemeinsam mit den jungen Menschen z. B. Kommunikationswege und Anforderungen an Social-Media-Kanäle definiert. Die Beteiligung der jungen Menschen aus der stationären Jugendhilfe soll die Hürden der Kontaktaufnahme für die Zielgruppe abbauen.

Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe:

Durch die langjährige Tätigkeit der Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe genießt sie bereits eine breite Bekanntheit im Land Berlin. Die Leistungserbringer und Jugendämter informieren junge Menschen und Familien über die Möglichkeiten der ombudschäftlichen Beratung im Land Berlin.

12. In welchen Sprachen steht die Ombudschaft zur Verfügung?

Zu 12.: Für Übersetzungsbedarfe im Rahmen von Beratungsgesprächen werden Sprachmittlerinnen sowie Integrationslotsinnen eingesetzt.

13. Gibt es barrierefreie und aufsuchende Angebote?

Zu 13.: Der Zugang zu beiden Stellen ist barrierefrei. Die Beratung erfolgt persönlich, telefonisch oder per Mail. Wenn die persönliche (Krisen-)Situation es erfordert, finden Beratungen auch als Hausbesuch oder Wohneinrichtungen oder an öffentlichen Orten statt. Auch eine Videoberatung ist möglich. Zusätzlich wird eine ggf. notwendige Begleitung zu Terminen geleistet.

14 Wie wird die Qualität der Arbeit der Ombudsstellen überprüft? Welche Evaluationsberichte liegen für den Zeitraum seit 2019 vor?

Zu 14.: Beide Stellen legen der SenBJF jährliche Sachberichte vor. Zudem finden unterjährige Reflexionsgespräche statt. Darüber hinaus wird die Arbeit zweimal jährlich eng durch einen Fachbeirat begleitet, der u. a. mit wissenschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern von Hochschulen, der Jugendämter, der Liga der Wohlfahrtsverbände und

dem Landesjugendhilfeausschuss sowie der für Jugend zuständigen Senatsverwaltung besetzt ist.

4. Einschätzung des Senats

15. Wie bewertet der Senat die Wirksamkeit der bestehenden Ombudsstellen?

Zu 15.: Anlauf-und Beratungsstelle „gemeinsamstark“:

Es zeichnet sich bereits ab, dass die bisher von der Anlauf-und Beratungsstelle „gemeinsamstark“ ergriffenen Vorhaben während der Aufbauphase erste Wirkungen zeigen. Das Angebot wird von der Zielgruppe angenommen. Anstehende und geplante Maßnahmen im Jahr 2025, wie beispielsweise die Stärkung der Sichtbarkeit und Zugänglichkeit, kontinuierliche Einbindung der Zielgruppe, Teilnahmen an Fachtagungen, Optimierung des Erstkontaktes und der Beratungsprozesse, gestalten das Angebot attraktiv aus und sorgen für eine Bekanntheit der Anlauf-und Beratungsstelle.

Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe:

Durch die langjährige Tätigkeit der Berliner Beratungs- und Ombudsstelle Jugendhilfe genießt sie eine breite Bekanntheit im Land Berlin. Sie wird von einer hohen Anzahl von jungen Menschen und Familien in Anspruch genommen.

16. Welche Maßnahmen sieht der Senat zur Stärkung der Ombudschaft in Berlin – insbesondere vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen in der Jugendhilfe und familiengerichtlicher Verfahren?

Zu 16.: Mit der Einrichtung der Anlauf-und Beratungsstelle „gemeinsamstark“ wurde die ombudschaftliche Beratung insbesondere für Kinder und Jugendliche im Land Berlin deutlich gestärkt. Der Senat geht gegenwärtig davon aus, dass durch dieses Angebot der Beratungsbedarf gedeckt werden kann. Durch strukturierte Kooperationsverfahren zwischen den beiden Stellen sollen die Angebote, insbesondere die zielgruppengenaue Ausrichtung der Angebote, geschärft werden.

Berlin, den 8. Juli 2025

In Vertretung

Falko Liecke

Senatsverwaltung für Bildung,

Jugend und Familie